



jugendsession
sessione dei giovani
sessiun dals giuvenils

Jugendsession GR.19

Forderungen

Jugendsession Graubünden

7000 Chur

www.jugendsession-gr.ch

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	2
2	Gruppe «Energie & Umwelt 1»	3
	2.1 Forderung 1: Finanzielle Unterstützung von erneuerbaren Energien.....	3
	2.2 Forderung 2: Projektidee «Regionale Produkte fördern».....	3
3	Gruppe «Energie & Umwelt 2»	5
	3.1 Forderung 1: Förderung von umweltfreundlichen Produkten	5
	3.2 Forderung 2a: Starker Öffentlicher Verkehr I.....	5
	3.3 Forderung 2b: Starker Öffentlicher Verkehr II	5
	3.4 Forderung 2c: Starker Öffentlicher Verkehr III.....	6
	3.5 Forderung 3: Einweg-Plastiksäcke.....	6
4	Gruppe «Bildung & Ausbildung»	7
	4.1 Forderung 1: Politikunterricht an Oberstufenschulen	7
5	Gruppe «Jugendpartizipation»	8
	5.1 Forderung 1: Stimmrechtsalter 16 verknüpft mit Stärkung politischer Bildung.....	8

1 Einleitung

Am Wochenende vom 6. bis 7. April 2019 haben ungefähr 30 Jugendliche an der Jugendsession Graubünden teilgenommen. Dabei haben sich die Teilnehmenden mit den Themen «Energie & Umwelt», «Bildung & Ausbildung» sowie «Jugendpartizipation» auseinandergesetzt. Nach intensiven Diskussionen innerhalb der Gruppen und dann letztlich im Plenum wurden insgesamt sieben Forderungen überwiesen, wovon eine Forderung als Projektidee, eine als Statement und der Rest als Petitionen überwiesen wurde. Aus einer eingereichten Petition (vgl. Kapitel 3.2, 3.3 und 3.4) wurden während der Debatte insgesamt drei einzelne Petitionen erstellt, da aus Sicht der Teilnehmenden eine separate Überweisung deutlich grössere Chancen für die Umsetzung hat.

Den Teilnehmenden standen insgesamt drei Möglichkeiten offen, um ihre Forderungen einzureichen. Diese drei Optionen sind nachfolgend kurz umschrieben.

Petition ist eine Forderung an das Parlament (bzw. Regierung) oder an eine für das Anliegen zuständige Behörde. Es handelt sich meistens um Gesetzesänderungen oder Gesetzesvorschläge. Die Petition beinhaltet eine einzige Forderung, die kurz und prägnant in einem Satz formuliert ist. Zusätzlich liefert ein zweiter Abschnitt eine Begründung, weshalb die Forderung von politischer respektive gesellschaftlicher Bedeutung ist.

Projektidee ist eine zu einem Projekt konkret formulierte Idee, welche nicht vollständig durchdacht und geplant sein muss. Die grundsätzliche Idee und das Ziel des Projektes müssen klar formuliert sein. Der Adressat des Projektes, die Organisation oder Amtsstelle muss definiert sein.

Statement ist eine konkrete Forderung oder eine allgemeine Stellungnahme, die sich nicht an eine staatliche Behörde richtet. Das Statement kann eine konkrete Forderung an einen gesellschaftlichen Akteur oder auch eine allgemeine, an niemanden direkt gerichtete Stellungnahme der Jugendsession zu einem Thema sein.

2 Gruppe «Energie & Umwelt 1»

2.1 Forderung 1: Finanzielle Unterstützung von erneuerbaren Energien

Petition

Der Kanton soll die gesetzliche Grundlage schaffen, um erneuerbare Energiequellen mit einer Leistung von weniger als 100 kWp mit einer einmaligen Vergütung zu unterstützen.

Begründung

Der Bund fördert bereits Photovoltaik-Anlagen nach Art. 24 des Energiegesetzes (EnG) mit einem Investitionsbeitrag (Einmalvergütung). Dabei schliesst er aber bestimmte Wasserkraftwerke und andere erneuerbare Energieträger aus. Wir sind der Meinung, dass der Kanton Graubünden als Wasser- und Windkanton sämtliche erneuerbaren Energiequellen unterstützen sollte, nach dem Vorbild der Einmalvergütung für Photovoltaik-Anlagen auf Bundesebene.

Kommt der Kanton Graubünden dieser Forderung nach, unterstützt er damit die Stossrichtung der Energiestrategie 2050 und geht als Vorbild der nachhaltigen Energieproduktion schweizweit voraus.

2.2 Forderung 2: Projektidee «Regionale Produkte fördern»

Projektidee

Der Kanton soll einen Leitfaden zur Förderung von regionalen Produkten schaffen und dadurch die Bevölkerung im Bereich der einheimischen Nahrungsmittel und Pflanzen sensibilisieren.

Begründung

Die zunehmende Globalisierung der letzten Jahre brachte und bringt immer noch sehr viele Vorteile mit sich. Gleichzeitig ist sie jedoch auch Hauptursache für beispielsweise die stetige Abnahme an regionalen Produkten in den Einkaufsläden im Kanton Graubünden. Da Dorfläden o. ä. immer mehr verschwinden und hauptsächlich Grossabnehmer den Nahrungsmittelbereich beherrschen und auch diktieren, leiden speziell unsere einheimischen Kleinproduzentinnen und Kleinproduzenten.

Mit der stetig abnehmenden Regionalproduktion kann sich auch die Innovation in diesem Bereich nicht entwickeln. Dadurch wird verhindert, dass sich nachhaltige Technologien und das damit verbundene Gewerbe entfalten können.

Wir fordern die Regierung des Kantons Graubünden dazu auf, diesem Trend entgegenzuwirken. Mit der Umsetzung eines Leitfadens in Form von beispielsweise Broschüren, einer Webseite oder Videos, soll die Regierung die Bevölkerung auf die Problematik der Globalisierung und deren Auswirkungen auf unser Konsumverhalten aufmerksam machen. Der Öffentlichkeit sollen die Vorteile und Möglichkeiten von regionalen Produkten präsentiert werden.

Uns ist es wichtig, dass bei der Erstellung eines Leitfadens folgende Punkte geprüft werden:

1. Umsetzung von Projektideen wie z. B. öffentliche Gärten in verschiedenen Gemeinden
 2. Aufzeigen von Vorteilen und Potentialen von regionalen Naturpflanzen durch geeignete Aktionen
- Hanf, welcher eine alte Tradition in unserem Kanton hat und sich bei uns speziell gut für den Anbau eignet, ist in unseren Augen eine geeignete Umsetzungsidee.

Als Resultat eines solchen Leitfadens erhoffen wir uns, dass:

1. Die Bevölkerung auf regionale und traditionelle Produkte wie beispielsweise Hanf aufmerksam gemacht und damit deren Interesse an solchen gefördert wird.
2. Das Potential von Produkten in unserem Kanton vermehrt genutzt und dadurch der Weg für ein nachhaltiges Gewerbe geebnet wird.
3. Die einheimischen Produzentinnen und Produzenten gestärkt werden und sich in ihrem Gewerbe entfalten können.

Kommt der Kanton Graubünden dieser Forderung nach, unterstützt er damit nicht nur die Produzentinnen und Produzenten in unserem Kanton, sondern trägt seinen Teil zu einem nachhaltigen und umweltschonenden Umgang der Bündner Bevölkerung mit einheimischen Produkten bei.

3 Gruppe «Energie & Umwelt 2»

3.1 Forderung 1: Förderung von umweltfreundlichen Produkten

Petition

Die Jugendsession fordert, dass allen Lebensmittelhändlern im Kanton Graubünden entsprechend ihres Umsatzanteils von biologischen, regionalen Produkten und Ausschusswaren ein Steuererlass gewährt wird.

Begründung

Um CO₂-Emissionen zu reduzieren ist es wichtig, die Produktionswege kurz zu halten, einen hohen Anteil biologischer Produkte zu haben und möglichst wenig Lebensmittel zu entsorgen. Durch unsere Petition können Unternehmen, Konsumenten, Umwelt und Produzenten profitieren. Unternehmen werden steuerlich entlastet, Konsumenten können günstiger umweltfreundliche Produkte erwerben, die regionalen Produzenten finden einfacher Abnehmer und die Umwelt profitiert durch die Stärkung von CO₂-armen Produkten. Für die Unternehmen lohnt es sich, umweltfreundliche Produkte preisgünstiger anzubieten, um so den Umsatz dieser zu erhöhen und von einer grösseren Steuerreduktion profitieren zu können. Ein zusätzlicher Vorteil ist, dass Geringverdienende Zugang zu günstigen Lebensmittel haben.

3.2 Forderung 2a: Starker Öffentlicher Verkehr I

Petition

Wir fordern finanzielle Unterstützung für Lernende, Schülerinnen und Schüler sowie Studentinnen und Studenten, die ausserhalb ihres Wohnortes eine Ausbildung absolvieren und dafür ein Verkehrsabonnement benötigen. Der Beitrag soll pro Person bis zum Alter von 25 Jahren bis zu CHF 300 betragen.

Begründung

Viele Jugendliche befinden sich in einer Ausbildung ausserhalb ihrer Wohngemeinde und sind häufig auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen. Damit diese Jugendlichen finanziell entlastet werden und somit zudem auch ein Anreiz zur Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel geschaffen werden kann, soll sich der Kanton Graubünden an den Abonnementskosten mit bis zu CHF 300 beteiligen. Es sollen nur Personen bis maximal 25 Jahre in den Genuss dieser Unterstützung kommen.

3.3 Forderung 2b: Starker Öffentlicher Verkehr II

Petition

Wir fordern einen S-Bahnausbau im Agglomerationsraum Chur (Chur – Thusis: 3 pro Stunde)

Begründung

Damit der öffentliche Verkehr in Graubünden in Zukunft besser genutzt wird, soll das Angebot an Verbindungen möglichst verbessert werden. Es ist ein Anliegen, dass insbesondere das Angebot der S-Bahnen im Kanton ausgebaut wird. Als Beispiel und Bestandteil dieser Forderung ist die Verbindung Chur–Thusis genannt, wo inskünftig drei Verbindungen pro Stunde angestrebt werden sollen.

3.4 Forderung 2c: Starker Öffentlicher Verkehr III

Petition

Wir fordern P+R-Gratisparkplätze (Park & Ride) für höchstens 48 Stunden. Für abgelegene Talschaften, wo ein Ausbau des ÖV-Angebots nicht möglich ist, soll an für sie zentralen Standorten P+R (Gratisparkplätze) angeboten werden.

Begründung

Um die (Stadt-)Zentren vom Individualverkehr zu entlasten, soll ein Angebot für Park & Ride geschaffen werden, wo Privatfahrzeuge in unmittelbarer Nähe von Bahnhöfen oder guten Anschlusspunkten für öffentliche Verkehrsmittel gratis für eine Zeit von maximal 48 Stunden abgestellt werden können. Bei diesem Angebot sind gerade Randregionen zu berücksichtigen, die teilweise schlecht mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen sind. Für diese Regionen sind an zentralen Standorten solche Angebote zu schaffen, um ein Anreiz für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel zu schaffen.

3.5 Forderung 3: Einweg-Plastiksäcke

Statement

Wir fordern, dass in Bündner Läden in Zukunft auf Einweg-Plastiksäcke verzichtet wird und stattdessen bereits bekannte Alternativen verwendet werden. Zudem ist darauf zu achten, dass auf Einwegplastik-Geschirr und unnötige Plastikverpackungen für Gemüse etc. möglichst verzichtet wird.

Begründung

Auf dem Weg in eine nachhaltigere Gesellschaft ist es wichtig, dass wir lernen, sparsam mit unseren Ressourcen umzugehen. Es ist zu einer Selbstverständlichkeit geworden, dass wir unsere Einkäufe in kostenfreie Säcke verpacken, welche nach einmaligem Gebrauch entsorgt werden. Ein Verbot führt zwangsläufig zum Gebrauch von bereits vorhandenen Alternativen. Konkret würde man in Zukunft Früchte, Gemüse etc. in langlebige Stofftaschen verpacken, welche aus umweltfreundlichen Materialien gefertigt werden und direkt in den Läden käuflich sind.

4 Gruppe «Bildung & Ausbildung»

4.1 Forderung 1: Politikunterricht an Oberstufenschulen

Petition

Wir fordern, dass jede dritte Oberstufenklasse im Kanton eine Lektion pro Woche der aktuellen Politik widmet. Abgeschlossen wird dieses Semester/Fach mittels einer Projektwoche. Die Lektion soll in einem promotionswirksamen Fach gehalten werden.

Begründung

Ziel ist, das politische Verständnis der Jugendlichen für Politik zu stärken und durch einen vom Kanton vorgegebenen Plan einen strukturierten und lehrreichen Aufbau des Unterrichtes zu gewährleisten. Weiter ist es das Ziel, die Jugendlichen für ein späteres politisches Engagement zu motivieren und ihnen die Möglichkeiten dazu aufzuzeigen.

Der Politik-Unterricht wird mindestens einmal pro Woche (1 Lektion / 50 min) in der Staatskunde behandelt. Der Aufbau und die Didaktik werden vom Kanton vorgegeben und sind zwingend einzuhalten. Folgende Themen müssen dabei gedeckt werden:

- Parteilandschaft Schweiz
- Demokratie
- Aufbau des Staates
- Föderalismus
- Wahlsystem mit konkreten Beispielen
- Rechtssystem
- Finanzierung
- Miliz-System

Dabei soll versucht werden, die Themen möglichst interaktiv zu behandeln (z. B. Ausfüllen einer Steuerklärung). Zudem sollen aktuelle politische Ereignisse im Plenum diskutiert werden. Die daraus resultierenden Erkenntnisse sollen als Abschluss in die Projektwoche fliessen. Den Schülerinnen und Schülern wird dabei anhand von Podiumsdiskussionen, Simulationen und Einladungen von Politikerinnen und Politiker und Parteien mittels konkreter Beispiele aufgezeigt, wie das politische System funktioniert.

5 Gruppe «Jugendpartizipation»

5.1 Forderung 1: Stimmrechtsalter 16 verknüpft mit Stärkung politischer Bildung

Petition

Mit dieser Petition soll erreicht werden, dass im Kanton Graubünden das aktive Stimmrechtsalter auf kommunaler und kantonaler Ebene auf 16 Jahre herabgesetzt wird. Ergänzend dazu soll die politische Bildung in der Schule auf allen Stufen klar festgelegt und umgesetzt werden.

Art. 9 Stimm- und Wahlrecht

Stimm- und Wahlrecht

¹ Das *passive* Wahlrecht steht allen Schweizerbürgerinnen und -bürgern zu, die das 18. Lebensjahr zurückgelegt haben und im Kanton wohnen.

^{1 bis (neu)} Schweizerbürgerinnen und -bürger, die das 16. Lebensjahr zurückgelegt haben und im Kanton wohnen, sind auf kommunaler und kantonaler Ebene aktiv wahlberechtigt.

² Vom Stimm- und Wahlrecht ausgeschlossen sind Personen, die wegen dauernder Urteilsunfähigkeit unter umfassender Beistandschaft stehen oder durch eine vorsorgebeauftragte Person vertreten werden.

³ Das Gesetz regelt das Stimm- und Wahlrecht der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer in kantonalen Angelegenheiten.

⁴ Die Gemeinden können nach Massgabe des kommunalen Rechts Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern beziehungsweise Ausländerinnen und Ausländern das Stimmrecht sowie das aktive und passive Wahlrecht in Gemeindeangelegenheiten erteilen.

Begründung

Die aktuelle Kantonsverfassung (Art. 9 Kantonsverfassung) verbietet Stimm- und Wahlrecht für unter 18-Jährige im Rahmen der weiteren Bestimmungen. Im Rahmen einer Lancierung des aktiven Wahlrechts ab 16 Jahren sollten die Jugendlichen in der Schule aktiv darauf vorbereitet werden. Dazu gehören sowohl theoretische als auch praktische Aspekte.

Der Lehrplan 21 bietet die Flexibilität, aktuelle politische Themen vermehrt und intensiver zu behandeln. Theoretisch sollen nationale, kantonale und kommunale politische Strukturen früher als jetzt erklärt werden – möglichst in der 1. und 2. Oberstufe. Der Fokus liegt dabei auf dem ganz grundsätzlichen Verständnis unseres politischen Systems. Dies ist ansatzweise im Lehrplan 21 vorgesehen. Es müssen aber verstärkt kommunale und kantonale Prozesse (Wahlen/Abstimmungen, Funktionsweise Gemeinde etc.) und Engagement-Möglichkeiten vermittelt werden. Dieses theoretische Wissen kann dann anhand aktueller Ereignisse praktisch angewandt werden (Besuche des Grossen Rates/Gemeinderates in Projektwochen, Klassendiskussionen führen etc.). Dazu gehört auch die Kenntnis über die eigenen kommunalen und kantonalen Abstimmungs- und Wahlmöglichkeiten an der Urne.

Im Rahmen dieses Vorschlages werden die Pädagogische Hochschule Graubünden bzw. das Amt für Volksschule und Sport/Amt für höhere Bildung aufgefordert, Weiterbildungsmöglichkeiten für Lehrpersonen in diesem Bereich zu bieten, damit die Jugend stufengerecht politisch ausgebildet werden kann.

Die folgenden Proargumente beziehen sich sowohl auf den Revisionsentwurf als auch auf die stärkenden und ergänzenden Massnahmen in der politischen Bildung.

1. verstärktes politisches Gewicht der Jugend bei kantonalen/kommunalen Abstimmungen und Wahlen

Bei kommunalen wie auch kantonalen Angelegenheiten, welche die Jugend unter Umständen stark betreffen, wird sie momentan nur spärlich oder gar nicht in die regulären politischen Prozesse miteinbezogen.

2. gestärktes politisches Verantwortungsbewusstsein der Jugend

Die Jugend wird sich vermehrt der Wichtigkeit bewusst, die eigene Zukunft aktiv mitzugestalten. Schon während der Schulzeit werden die Jugendlichen miteinbezogen und vermehrt deren Interesse geweckt.

3. nötiges Verantwortungsbewusstsein in diesem Alter zumutbar

Mit 16 Jahren werden Jugendliche mit komplizierten Entscheidungen (Lehrstelle, Verkehr...) konfrontiert. Politische Partizipation mit aktivem Stimm- und Wahlrecht ist demnach gut zumutbar.

4. frühe, ernsthafte Auseinandersetzung der Jugend mit Politik

Der Vorschlag bietet der minderjährigen Jugend ab dem abgeschlossenen 16. Lebensjahr die Möglichkeit, nicht nur zu demonstrieren und die Meinung zu äussern, sondern sich politisch wirksam zu beteiligen. Der Beteiligungswille der Jugend ist am Beispiel der Klimademonstrationen so sichtbar wie seit Jahren nicht mehr.

5. dem positiven Beispiel Kanton Glarus folgen

Der Kanton Glarus hat schon 2007 gezeigt, dass eine Umsetzung möglich ist und sich bewährt. Graubünden soll diesem positiven Beispiel folgen.

6. verstärkte Bindung zur Heimat

Die frühe, aktive Integration der minderjährigen Jugend in die kommunale Politik bietet die Möglichkeit, eine attraktive Zukunft mitzugestalten und die Bindung zum Heimatort zu stärken. Allfälliger Abwanderung könnte somit besser entgegengewirkt werden.

Wir erachten die verstärkte und aktive Integration der Jugend in die Politik als sehr wichtig und dringend. Eine weitere Ausarbeitung und allfällige Annahme der Petition würde eine Stärkung des politischen Bewusstseins und des Milizsystems bringen. Zukünftige Herausforderungen, auch mit der minderjährigen Jugend anzupacken, bieten zahlreiche Chancen, erfolgreiche und innovative kantonale bzw. kommunale Lösungen zu erarbeiten.